

IHR FACHMAGAZIN FÜR ANGEWANDTE KOMPLEMENTÄRMEDIZIN

Mayr-Kur • Saft- & Intervallfasten • Felke

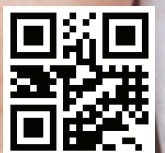
Kuren & Fasten

Extrazelluläre immunologische
Leistungsfähigkeit

Allergien & Heuschnupfen

Die papierlose Praxis

Praxis- management





Kommentar zum Praxismanagement: Ausflug in die Radiologie

Experte: Dr. Philipp Schlechtweg, Facharzt für diagnostische Radiologie und stellvertretender Vorsitzender der Radiologie Initiative Bayern

#Strom #Kostenexplosion #Praxissterben #Versorgung #Dialog

Stromfresser MRT

Dass die hohen Energiepreise insbesondere radiologische Praxen hart treffen, liegt vor allem an bildgebenden Verfahren wie CT und MRT. Die tonnenschweren, riesigen Geräte stecken voller komplexer Technik, die Unmengen an Strom verbraucht. Ein 3-Tesla-MRT benötigt abhängig vom untersuchten Körperteil beispielsweise zwischen 20 und 30 kWh pro Patient. Zum Vergleich: Eine Waschmaschine könnte mit derselben Energiezufuhr etwa 40-mal Wäsche waschen. Pro Jahr sorgt ein MRT-Gerät sogar für einen Gesamtverbrauch von etwa 80.000 kWh – mit dieser Energie könnte ein durchschnittlicher Zwei-Personen-Haushalt mehr als 30 Jahre auskommen. Da die meisten Praxen mehrere MRTs sowie andere radiologische Geräte betreiben, verbrauchen sie in jedem Jahr allerdings ein Vielfaches dieser Summe. Entsprechend hoch fallen die Stromkosten aus, die von Jahr zu Jahr immer rasanter wachsen: Einige Praxen berichten inzwischen beispielsweise davon, dass sich ihre Stromrechnungen von jährlich ehemals 33.300 Euro (Stand 2018) im Jahr 2023 auf 540.000 Euro erhöhen werden. Innerhalb von fünf Jahren ist das eine Preissteigerung von mehr als 1.500 Prozent – allein bei den Stromkosten. Nicht berücksichtigt sind hier die Inflation, die Lohnkosten und Mieten und die Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung von Geräten oder deren Neuanschaffung.

Nach Sondertarifen mit den Stromlieferanten, wie sie etwa Industriekunden mit vergleichbaren Verbräuchen erhalten, suchen die niedergelassenen Ärzte allerdings oft vergeblich. Als Freiberufler profitieren Radiologen außerdem auch nicht von den Extraregelungen, die andere Großverbraucher beispielsweise von bestimmten Nebenabgaben entbinden. Während die Strompreise also steigen und praktikable politische Lösungen noch auf sich warten lassen, sorgen sich viele Ärzte darum, dass MRT-Untersuchungen eventuell bald nicht mehr flächendeckend in Deutschland stattfinden können. Für Patienten würden sich infolgedessen die Wartezeiten für entsprechende Arzttermine verlängern und die Diagnose

schwerwiegender Krankheiten wie Krebs um mehrere Monate verzögern.

Rund um die Uhr im Einsatz

Stromfresser identifizieren, Stecker ziehen und den enormen Energieverbrauch auf diese Weise senken? Solche einschlägigen Verbrauchertipps funktionieren in der Radiologie nicht. Schließlich verbrauchen die hochkomplexen Kernspintomographen nicht nur im Betrieb sehr viel Energie. Die tonnenschweren Geräte stehen auch im Ruhezustand dauerhaft unter Strom, um die Kühlung des flüssigen Heliums aufrechtzuerhalten – ganze 30 Prozent des Stromverbrauchs entfallen allein auf diesen Prozess. Fällt die Kühlung aus, bricht bestenfalls nur das Magnetfeld zusammen, was mit zusätzlichen Kosten von 20.000 Euro für eine Wiederinbetriebnahme einhergeht. Schlimmstenfalls steigt die Temperatur des Heliums so stark an, dass der Supraleiter die sogenannte Sprungtemperatur übersteigt, was bei hohen Stromstärken zu einer extremen Wärmebelastung führen kann, die das Gerät selbst zerstört. Bei einem MRT-Gerät einfach auf den „Aus-Knopf“ zu drücken, ist deshalb keine Option.

Viele Praxen stehen gleichzeitig noch vor einer ganz anderen Hürde: Sollte in diesem Winter in Deutschland der Strom aufgrund von Netzüberlastungen in einigen Regionen gezielt abgeschaltet werden müssen, können radiologische Praxen derzeit nur hoffen, dass sie nicht betroffen sind. Da sich MRTs nicht mit einer Notstromversorgung im Betrieb halten lassen, kann eine längere Abschaltung des Stroms ebenfalls zum Totalschaden der millionenteuren Geräte führen. Die daraus resultierenden Schäden sind allerdings nicht versicherbar und müssten nach aktuellem Stand von den Praxen selbst getragen werden, was sicherlich zu Insolvenzen und Praxisschließungen führen würde. An dieser Stelle ist es Aufgabe der Politik, zu klären, wer bei durch den Staat angeordneten Stromabschaltungen für die entstandenen Schäden aufzukommen hat.

Kurzprofil

Die Radiologie Initiative Bayern ist ein Zusammenschluss von inhabergeführten radiologischen Praxen in ganz Bayern. Ge-gründet wurde sie 2021, um auf politische Missstände im Gesundheitssystem aufmerksam zu machen. Sie sieht sich als Stimme niedergelassener Nuklearmediziner und Radiologen und setzt sich gegen Praxissterben und für eine bessere Versorgungsqualität ein. Inzwischen gehören der Radiologie Initiative Bayern mehr als 340 Ärzte an 115 Standorten an. Insgesamt gewährleisten sie jährlich die Versorgung von über 1,3 Millionen Patienten in Bayern.

Kontakt: info@radiologie-initiative-bayern.de

Mehr Patienten = mehr Geld?

Wenn eine Reduzierung des Stromverbrauchs durch Abschaltung der MRTs keine Option darstellt, könnten die hohen Energiekosten theoretisch noch ausgeglichen werden, wenn jedes Gerät mehr Geld einbringt. Preisanhebungen sind allerdings keine Lösung, schließlich ist genau geregelt, welche Summen mit den Krankenkassen abgerechnet werden dürfen. Dementsprechend können Praxisbetreiber ihre steigenden Kosten, anders als in der freien Wirtschaft, nicht auf eigene Faust an Patienten weitergeben. Doch schon jetzt machen Radiologen mit jedem gesetzlichen Patienten ein Minus: Denn pro MRT-Untersuchung zahlen die gesetzlichen Krankenkassen lediglich eine Summe zwischen 70 und 120 Euro. Wenn durch die hohen Energiekosten auf einmal 20 Prozent dieser Vergütung allein auf den Strom entfallen, wird dieses Minus noch größer. Da etwa 90 Prozent aller Patienten gesetzlich versichert sind, für die das Honorar 2020 auch noch um 9 Prozent gesenkt wurde, machen radiologische Praxen aktuell erhebliche Verluste.

Mehr Patienten zu behandeln, kommt in vielen Praxen ebenfalls nicht infrage. In der Regel dauert eine MRT-Untersuchung zwischen 15 und 20 Minuten. Je nach Art des Befunds und der zu untersuchenden Körperregion kann sich für eine optimale Bildqualität ein höherer Zeitaufwand von bis zu einer Stunde ergeben. Außerdem kommen vereinzelt akute Notfälle hinzu. Entsprechend nehmen auf der Liege eines Kernspintomographen täglich zwischen 20 und 30 Patienten Platz. Die Kapazitätsgrenzen sind damit erreicht. Ein Mehr an Untersuchungen würde die Qualität der Bildgebung drastisch senken oder eine größere Anzahl von Geräten und Personal voraussetzen und damit wiederum Kosten verursachen.

Die radiologischen Praxen stecken also in einer Sackgasse: Sie können der Preissteigerung nicht ausweichen, die hohen Stromkosten aber auch nicht aus eigener Kraft ausgleichen.

Es ist deshalb zu befürchten, dass Radiologen aufwendige Untersuchungen streichen müssen, bei Neueinstellungen zurückhaltend sein werden und Investitionen, die schon durch Corona gelitten haben, noch länger zurückstellen.

Erhalt der Gesundheitsversorgung priorisieren

Die aktuelle Krise legt die Fehler des Systems schonungslos offen. Eigentlich existiert für gesetzlich versicherte Patienten ein sinnvolles Vergütungssystem, das die Kosten einer Praxis betrachtet, einschließlich Miete und Energie, Personal- und Arztlohn, und das Honorar regelmäßig anpasst. Diverse Regeln zur Kostendämpfung haben aber über die Jahre dazu geführt, dass von diesem Honorar in der Regel nur 70 bis 90 Prozent ausgezahlt werden.

Gute Medizin kostet allerdings Geld und sollte zum vollen Honorar vergütet werden, egal ob es um Neupatienten, Junge, Alte oder chronisch Kranke geht.

Selbst in Krisenzeiten sollten Praxen mindestens in der Lage sein, kostendeckend zu arbeiten. Hier muss die Politik entsprechende Weichen stellen, um die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu sichern. Die Strompreisbremse geht sicherlich in die richtige Richtung, reicht allerdings noch lange nicht aus. Sie verhindert zwar die ungebremste Kostenexplosion, aber eine Begrenzung des Strompreises auf 40 Cent pro Kilowattstunde kann die Verluste der Praxen nicht ausgleichen und stellt immer noch eine enorme Kostensteigerung dar.

Die Existenz vieler Praxen ist derzeit bedroht wie nie zuvor, dennoch finden niedergelassene Ärzte in weiteren Entlastungspaketen keine Beachtung. Das Gesundheitsministerium spricht Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in ihrem Hilfsprogramm für gestiegene Energiekosten beispielsweise bis zu 8 Milliarden Euro zu. Im Gegensatz dazu wird für den ambulanten Sektor noch viel zu wenig getan.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns hat schon etwas gegen-gesteuert und die Auszahlquote erhöht. Auf Bundesebene werden außerdem derzeit neue Abrechnungsziffern für CT und MRT diskutiert, um die gestiegenen Energiekosten besser abzubilden. Leider werden diese Maßnahmen die Kostenexplosion allerdings nur etwas abfedern, nicht ausgleichen. Die hohe Inflation, steigende Lohnkosten und wachsende Ausgaben für Service- und Wartungsverträge finden dabei noch keine Berücksichtigung. Neben einem Schutzschirm vom Bund, der auch freie Berufe einschließt, sind nachhaltige Strukturreformen unumgänglich. Dazu gehört auch die Neubewertung der Sachkostenpauschale.

In der aktuellen Krise liegen definitiv auch Chancen, die genutzt werden sollten. Zum Beispiel sollte sich die Politik die grundsätzliche Frage stellen, warum Menschen in anderen Ländern bis zu viermal seltener zum Arzt gehen und dennoch sehr zufrieden mit dem dortigen Gesundheitssystem sind. Das braucht einen breiten Dialog.

Ein abgesenktes Honorar, das nur für die Behandlung von eigentlich „gesunden“ Menschen reicht, setzt die falschen Anreize.

AKOM